

Deponie im Grünen-Wahlkampf

Delegiertenkonferenz: Münchehagen Gegenstand von Koalitionsgesprächen mit SPD

Münchehagen (re). Niedersachsens Bündnis 90 / Die Grünen machen das umstrittene Thema „Sicherung der Giftmülldeponie Münchehagen“ zum Wahlkampfthema. Die Landesdelegiertenkonferenz der Partei in Celle hat sich am Wochenende einstimmig mit den Betroffenen solidarisch erklärt. Die Delegierten fordern die SPD-Landesregierung auf, die Einleitung von dioxinbelasteten Oberflächenwässern in die Ils sofort zu unterlassen. Die SPD habe das im Mediationsprozeß erarbeitete ursprüngliche Sicherungskonzept einschließlich Wasserhaltung und Kläranlage ohne materielle Abstriche unverzüglich umzusetzen. „Im Falle von Koalitionsverhandlungen mit der SPD“ fordert die Delegiertenkonferenz „die Verhandlungskommission der Grünen auf, das Sicherungskonzept in den Vereinbarungen zu verankern.“ Weiter wird das Land aufgefordert, die Zusammenarbeit mit den betroffenen Bürgern wieder aufzunehmen.

Die Landtagsfraktion der Grünen hatte sich bereits vor der Delegiertenkonferenz hinter die Erklärung gestellt, in der der Stand des Deponie-Sickerwassers gemäß Verfügung des

Landkreises Nienburg von 1984 50 Zentimeter unter Ringgraben-Niveau verlangt wird. Dieser Verfügung sei nie entsprochen worden, heißt es in dem Papier, das den Fachbehörden vorwirft, auf die wachsende Dioxinbelastung der Ils mit dem Deponie-Oberflächenwasser nicht zu reagieren.

Keinen Ableitungsstopp verfügt

Projektkoordinator Günter Nerlich von der Bezirksregierung erklärte gestern auf Nachfrage, ein Einleitungsstopp sei nicht verfügt worden. Ein Ablassen des Oberflächenwassers aus den Stapelteichen stellte er auf eine Einzelfallentscheidung ab. Fachlich gebe es keinen Grund, nicht abzuleiten, sagte er. Der Vorschlag des Bürgerbüros Münchehagen, die alten Sickerwasser-Hochbehälter zum Absetzen von Schwebeteilchen, im Regenwasser zu nutzen sei geprüft und wegen der mangelnden Standfestigkeit der Behälter verworfen worden.

Die Stadt Peterashagen lotet derzeit die Chancen für eine gerichtliche einstweilige Anordnung zum Ableitungsstopp aus. Das Bürgerbüro will wissen, daß die Bezirksregierung mit der Stadt

über eine Unterlassung dieses Schrittes verhandele. Die Bezirksregierung stehe wie immer im Gespräch mit der Stadt, wenn es gelte, ein Problem zu lösen, formulierte Nerlich auf eine entsprechende Nachfrage.

Wie der CDU-Landtagsabgeordnete Willi Heineking (Landesbergen) mitteilt, hat Niedersachsens Umweltministerin Monika Griefahn zugesagt, sich dem Wunsch des Rehburg-Loccumer CDU-Stadtverbandes nach Bildung eines Beirates zur kommenden Landesgesellschaft zur Deponiesicherung anzunehmen. Die Ministerin trage sich mit dem Gedanken, ein Gremium zu schaffen, an dem Anwohner und kommunale Gebietskörperschaften beteiligt seien.

Der Abteilungsleiter im Umweltministerium, Klaus Eggerking, habe Heineking zugesagt, noch in diesem Jahr eine Vereinbarung zu erarbeiten, in dem eine Zusammensetzung vorgeschlagen werde. Es sollen auf jeden Fall Informationen über die weiteren Abläufe in Münchehagen fließen, zitiert Heineking den Abteilungsleiter. Wie berichtet, hatte das Umweltministerium der Presse mitgeteilt, das Bürgerbüro zum 1. Januar aufzulösen.